

Liebe Milchbäuerinnen und Milchbauern, liebe Mitstreiter,

Ganz Europa hat im Sommer unter der Dürre gelitten. Die Trockenheit hatte massive Auswirkungen auf das Weideland und die Futterproduktion. Durch die Folgen der Dürre fehlen den Milcherzeugern wichtige wirtschaftseigene Futtermittel. Sie finden in dieser Ausgabe einige Berichte zur aktuellen Situation von unseren Mitgliedsverbänden.

Die dänische Landwirtschaft hat es ebenfalls hart getroffen, da das ganze Land in diesem Sommer „Mallorca-Klima“ erlebte. Offiziellen Statistiken zufolge verliert die dänische Landwirtschaft insgesamt zwischen 800 Millionen und 1 Milliarde Euro. Berechnungen des dänischen Milcherzeugerverbands LDM zeigen, dass den am stärksten betroffenen Milchbauern in dieser Fütterungssaison etwa 550 bis 650 Euro oder sogar 700 Euro pro Kuh fehlen.

Viele Milchbauern haben zwei Ernten verloren. Beim Getreide ist der Ertrag etwa 60 bis 80 Prozent niedriger als sonst. Der Mais sieht mickrig aus und es wird erwartet, dass der Ertrag ähnlich schlecht ausfällt wie beim Getreide. Besonders kritisch ist die Situation für Biolandwirte, die keine Möglichkeit haben, Biofutter zu kaufen und nur in begrenztem Umfang Bio-Zusatzfutter bekommen können.

Die dänische Regierung ist bereit, die Landwirte mit irgendeiner Form von Dürrehilfe zu unterstützen, aber interne Querelen oder Unentschlossenheit haben zur Folge, dass bis Ende August noch nichts beschlossen wurde. Es wird geschätzt, dass die Dürre im schlimmsten Fall die Zahl der Insolvenzen auf bis zu 400-500 erhöhen könnte – bei insgesamt rund 10.000 Haupterwerbsbetrieben. Die Milch- und Schweinebauern sind besonders betroffen, da sie einerseits zu wenig Futter geerntet haben und auch Ersatzfutter kaufen müssen. Ackerbauern haben niedrigere Erträge, gleichzeitig aber steigende Abrechnungspreise.

Die EU-Kommission hat den europäischen Landwirten eine Reihe von Optionen eröffnet und sogar Mittel aus der zweiten Säule zugeteilt, aber die dänische Regierung zögert. Sie unterstützt noch nicht einmal eine beschleunigte Auszahlung eines Teils der Agrarbeihilfen. Die dänischen Umwelt- und Tierschutzorganisationen sind sehr aktiv und genießen den Rückhalt großer Teile der Bevölkerung. Die derzeitige Regierung (Mitte-rechts) scheut sich, agrarfreundliche Maßnahmen zu beschließen, weil sie befürchtet, dass sie die Wahlen im nächsten Jahr negativ beeinflussen könnten, die vor dem Sommer abgehalten werden.

Insgesamt ist die dänische Milchproduktion in einer schwierigen Lage. Die Landwirte brauchen unbedingt zusätzliche Liquidität, um die Kühe bis zum nächsten Jahr und dem ersten Grasschnitt füttern zu können. Vor allem Bioerzeuger haben begonnen, Tiere zu schlachten und ihre Herden zu verkleinern, und andere werden in diesem Herbst zweifelsohne ihrem Beispiel folgen.

Kjartan Poulsen, EMB-Vorstandsmitglied und Vorsitzender des LDM Dänemark

EMB Newsletter September 2018

- EU-Milchproduktion: Dürrefolgen für den Krisensektor problematisch
 - Irische Milchbauern stecken in der Finanzklemme
 - Bauern brauchen Klimaschutz und faire Preise
Heiß umkämpfte
 - Ernährungsinitiativen in der Schweiz
 - Öffentliche Konsultation zur Ernährung: War alles umsonst?
Berlin: Milchdialog mit
 - Bundesagrарministerin Julia Klöckner
EMB-Milchpreisvergleich: Kaum
 - Veränderung auf der Milchabrechnung
- Sie finden uns auch auf Facebook

Contact

EMB - European Milk Board asbl

Rue du Commerce 124
B-1000 Brussels

Phone.: +32 - 2808 - 1935

Fax: +32 - 2808 - 8265

office@europeanmilkboard.org

www.europeanmilkboard.org

EU-Milchproduktion: Dürrefolgen für den Krisensektor problematisch

EMB fordert reguläres Instrument zum Krisenmanagement

© A. Sauvage

In ganz Europa stellen die Folgen der Dürre ein großes Problem für die Landwirte dar. Im Milchsektor tragen zusätzlich die Entwicklungen der letzten Jahre zu einer Verschärfung der Situation bei.

Denn in der krisengeschüttelten Milchproduktion wurden die Reserven bereits mehr als aufgezehrt und vielerorts hohe Schulden angehäuft. Das macht es jetzt umso schwieriger, mit der Dürre umzugehen. Die starken Reduzierungen und Ausfälle in der Ernte treffen die Erzeuger hart. Die steigenden Futterkosten erhöhen den Druck und führen zu wachsenden finanziellen Defiziten.

Finanzielle Hilfen sind in dieser Extremsituation gut, um die direkten Folgen der Dürre abzumildern. Außerdem darf das EU-Interventionsmilchpulver aktuell nicht auf den Markt geworfen werden. Denn das setzt die ohnehin schon niedrigen Milchpreise, die in der EU aktuell durchschnittlich bei nicht ganz 33 Cent/Liter liegen, noch weiter unter Druck.

Wie der Präsident des European Milk Board (EMB), Erwin Schöpges, betont, ist es gleichzeitig sehr wichtig, nicht nur kurz-, sondern auch langfristige Maßnahmen zu treffen, die allgemein die Rahmenbedingungen des Sektors betreffen. „Dazu gehört unbedingt ein Mechanismus, der der langen Krisenserie des Sektors ein Ende setzt. Er soll dazu beitragen, dass die Preise an die Produzenten die Kosten der Produktion inklusive einem fairen Erzeugereinkommen decken und damit die Nachhaltigkeit und Überlebensfähigkeit der Höfe ermöglichen“, so Schöpges.

Boris Gondouin, EMB-Vorstandsmitglied und Milcherzeuger aus Frankreich, schließt sich dem an. Nur mittels eines progressiven Krisenmanagements könnten die Höfe vital bleiben und auch solchen Extremsituationen wie der aktuellen Dürre besser begegnen. „Seit den 2000er Jahren sind extreme Dürren zunehmend verstärkt und wiederholt aufgetreten. Deshalb ist es wichtig, in den so genannten normalen Jahren seinen Lebensunterhalt zu verdienen, ohne Defizite aufzuweisen, um in den sogenannten schwierigeren Jahren durchzuhalten“, so Gondouin. „Aber das ist nur möglich, wenn wir solche Instrumente wie das Marktverantwortungsprogramm (MVP) in die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) integrieren.“

Mit dem MVP könnte der Sektor krisenfester gemacht werden. Sein Mechanismus sieht vor, die Milchmenge in der Krise temporär so anzupassen, dass sich die einbrechenden Milchpreise erholen können. Flexibel an die Marktlage abgestimmt, können beim MVP dann verschiedene Stufen - eine davon beispielsweise ein freiwilliger Lieferverzicht - geschaltet werden. Das MVP verhindert Wertschöpfungsverluste, die die Erzeuger massiv schwächen. Für die vielfältigen Herausforderungen einer nachhaltigen, umwelt-, tier- und klimagerechten Milchviehhaltung braucht es jedoch krisenfeste Märkte und kostendeckende Preise für die Erzeuger. Erwin Schöpges stellt in diesem Zusammenhang klar: „Als kostendeckend können Preise im Übrigen nur dann gelten, wenn sie mindestens den Vollkosten der Milchproduktion entsprechen, hier also auch unbedingt eine faire Entlohnung der Arbeitszeit der Erzeuger enthalten ist.“

Die Vizepräsidentin des EMB, Sieta van Keimpema, sieht in dem MVP auch einen wichtigen Schritt in Richtung einer tatsächlich gemeinsamen Agrarpolitik und der Reduzierung der ungleichen Behandlung der EU-Erzeuger: „Aktuell unterstützen einige Länder ihre Produzenten in der Dürrezeit, andere wiederum halten sich hier sehr zurück. Das MVP folgt einem anderen Prinzip. Da es für alle Länder der Union gleichermaßen gelten soll sowie Krisen EU-weit vorherrsicht und vermeidet, was den gemeinsamen Milchmarkt stabilisiert, profitieren alle EU-Erzeuger.“

EMB Pressemitteilung vom 22.08.2018

Irische Milchbauern stecken in der Finanzklemme

© pixabay

Auf irischen Milchviehbetrieben ist der September normalerweise eine Zeit, in der wir die Früchte unseres Sommers genießen und uns auf den bevorstehenden Herbst und Winter vorbereiten. Die Rechnungen aus dem Frühjahr sind dann bezahlt und die Landwirte schauen mit Stolz und einem Gefühl der Sicherheit auf hohe Ballenreihen und volle Silage-Silos.

Der lange Winter 2017/18 hatte zur Folge, dass die Kühe länger als erwartet im Stall geblieben sind, zum Teil drei Monate länger als sonst. Das Ergebnis war, dass mehr Silage eingesetzt wurde und alle Überschüsse aufgebraucht sind. Wir hatten quasi keinen Frühling und sind nahtlos zum heißesten Sommer übergegangen, den Irland seit dem Rekordjahr 1976 hatte. Die damit einhergehende Dürre hat dafür gesorgt, dass in einigen Landesteilen das Gras nicht mehr wuchs (insbesondere in den starken Milcherzeugungsregionen im Süden, Osten und den Midlands).

Selbst nachdem die nach irischen Standards intensive Hitze nachließ, waren das Graswachstum und ausreichende Regenfälle unbeständig und unregelmäßig. Viele irische Landwirte haben ein Futterdefizit von bis zu 50% für den bevorstehenden Winter und zudem hohe Rechnungen, nachdem sie im Winter zusätzliches Futter kaufen mussten. Die Liquidität ist derzeit extrem angespannt. Und obwohl sich die Bedingungen für das Graswachstum langsam wieder erholen, brauchen die irischen Milcherzeuger in diesem Herbst optimales Wetter, damit sie mehr Futter ernten und die Kühe möglichst lange draußen lassen können. Der Milchpreis liegt derzeit bei etwa 32 Cent pro Liter, aber leider sind die Kosten infolge der Trockenheit deutlich gestiegen, sodass viele Landwirte unter Druck sind und weiter bis zum Frühjahr 2019 in einer Finanzklemme bisher unbekanntes Ausmaßes stecken.

Paul Smyth, Irish Creamery Milk Suppliers Association (ICMSA)

Bauern brauchen Klimaschutz und faire Preise

Als eine zentrale Konsequenz aus der langen Trockenheit in diesem Sommer fordert die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) die Bundesregierung auf, den Klimaschutz deutlich zu verstärken. „Bäuerinnen und Bauern bekommen die Folgen des Klimawandels als erste und ganz direkt zu spüren, weltweit und offensichtlich auch bei uns.

© Pixabay

Wir fordern die Bundesregierung zu einem wesentlich stärkeren und wirksamen Klimaschutz auf. Dabei müssen alle ihren Beitrag leisten, vom Ausstieg aus der Kohleverstromung über einen energiesparenden Verkehr bis hin zu einer klimaschonenden Land- und Ernährungswirtschaft“, fordert der AbL-Bundesvorsitzende Martin Schulz. „Die aktuellen Ernterückgänge und vertrockneten Wiesen sollten alle wachrütteln. Wir müssen die Treibhausgasemissionen viel schneller reduzieren als bisher vorgesehen“, so Schulz.

Angesichts der Debatte über Nothilfezahlungen von Bund und Ländern ruft die AbL auch die Verantwortung der Marktpartner ins Bewusstsein: „Während die niedrigere Getreideernte immerhin einen gewissen Anstieg der Erzeugerpreise für die Bauern ausgelöst hat, halten die Molkereien die Milcherzeugerpreise weiterhin auf einem viel zu niedrigen Niveau, obwohl die erzeugte Milchmenge hitze- und trockenheitsbedingt seit Wochen sinkt“, beklagt Ottmar Ilchmann, Milchsprecher der AbL. „Wir sind sicher, dass sich die Handelsketten bewegen, wenn die Molkereien sich ernsthaft bemühen. Denn die Solidarität in der Bevölkerung mit den betroffenen Bauern und Bäuerinnen ist sehr groß. Ein Preisanstieg, der voll auf den Höfen ankommt, stößt auf großes Verständnis“, ist sich Ilchmann sicher.

Mittelfristig fordert die AbL auch Konsequenzen in der EU-Agrarpolitik. Die begonnene Reform müsse genutzt werden, um gezielt Maßnahmen auf den Höfen zu honorieren, die sowohl zum Klimaschutz beitragen als auch die Anpassungsfähigkeit der Betriebe an Extremwetterlagen verbessern könnten. „Heute werden die Direktzahlungen pauschal je Hektar Fläche gezahlt. Wir schlagen vor, dass sich in Zukunft die Höhe der Zahlungen danach richtet, was die einzelnen Betriebe konkret für Klima-, Umwelt- oder Tierschutz leisten“, erläutert der AbL-Vorsitzende Schulz. „Zum Beispiel hat eine vielfältige Fruchtfolge positive Wirkungen auf Klima, Boden, Wasser und Artenvielfalt. Zudem kann sie gewisse Wetter-Risiken im Betrieb streuen. Es macht also Sinn, bei der Förderung die Fruchtfolgenvielfalt zu berücksichtigen“, erklärt Schulz den AbL-Vorschlag. Auch Hecken, Feldraine und andere Landschaftselemente zu erhalten helfe der Artenvielfalt und könne vor Ort Auswirkungen von Wetterextremen wie Wind- und Wassererosion verringern. Ähnlich wirkten sich kleinere Feldgrößen aus. „Das alles lässt sich aus den heutigen Antragsdaten der Betriebe leicht ablesen. Wir wollen diese Daten nutzen, um konkrete Leistungen der Betriebe zu honorieren. Das muss die anstehende Reform der EU-Agrarpolitik schaffen“, fordert Schulz mit Verweis auf einen konkreten [Vorschlag der AbL für eine gerechte EU-Agrarpolitik nach 2020](#).

Pressemeldung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) vom 21.08.2018

Heiß umkämpfte Ernährungsinitiativen in der Schweiz

Am 23. September wird die Schweizer Bevölkerung über zwei Volksinitiativen abstimmen. Einerseits über die „Fair Food“ Initiative der Grünen, die Lebensmittel aus einer naturnahen, umwelt- und tierfreundlichen Landwirtschaft mit fairen Arbeitsbedingungen fördern will. Die Schweizer Standards sollen auch für Importprodukte gelten.

Andererseits über die „Initiative zur Ernährungssouveränität“, welche von Uniterre gestartet worden ist. Wenn es nach den Umfragen geht, sagt eine Mehrheit der Bevölkerung Ja. Das wäre eine Sensation! Die Gegner fahren nun ganz grobes Geschütz auf. Man droht dem Stimmvolk, die Folgen einer Annahme seien eine Sowjetisierung der Landwirtschaft mit untauglicher Planwirtschaft und leeren Gestellen in den Supermärkten. Es ist unbestritten, dass bei einem Ja die Nahrungsmittelkonzerne über die Bücher müssten, denn die Stellung der Bauern im Markt würde bei beiden Initiativen verbessert. Nestle warnt vor „sehr einschneidenden Konsequenzen“ bei einer Umsetzung der Fair-Food-Initiative. Bei einer Annahme sei die Lebensmittelbranche in der Schweiz in Gefahr. „Beschaffung und Produktion in der Schweiz würden bedeutend erschwert oder gar verunmöglicht“. Ebenfalls besorgt über eine mögliche Annahme der Initiative ist der Detailhandel. Coop und Migros, welche zusammen drei Viertel des Lebensmittelhandels abdecken, drohen

bereits mit höheren Preisen und einer Einschränkung der Angebotsvielfalt.

Die Gegner haben viel zu verlieren. Einleuchtende Argumente gegen die Initiativen sind den Leuten schwer zu vermitteln, also beschränkt man sich auf Drohungen und Schwarzmalen. Ob sie damit bei der Bevölkerung durchkommen, werden wir am 23. September wissen. Bis dahin bleibt noch ein großes Stück Arbeit, um all den verbreiteten Mist wieder wegzuräumen.

Werner Locher, BIG-M Schweiz

Öffentliche Konsultation zur Ernährung: War alles umsonst?

Ein Jahr nach dem offiziellen Start der öffentlichen Konsultation zur Ernährung unter dem Titel „Generalstände für Nahrungsmittel“ (*États généraux de l'alimentation* - EGA), die infolge eines Wahlversprechens von Emmanuel Macron eingeleitet wurde, lassen positive Ergebnisse der Verhandlungen für die Erzeuger auf sich warten.

© A. Sauvage

Indikatoren für Produktionskosten lösen Debatten aus

Durch die Sektorenpläne haben sich die Branchenorganisationen verpflichtet, transparentere und gerechtere Verhandlungsbedingungen zu schaffen und eine Berechnungsmethode auszuarbeiten, die von den Erzeugern ausgeht und es ermöglicht, deren Produktionskosten zu berücksichtigen, um ihnen ein ausreichendes Einkommen zu sichern. Die verschiedenen Gremien der Nationalen Branchenorganisation für die Milchwirtschaft (CNIEL) – Landwirte, Genossenschaften und Privatunternehmen – schaffen es aber leider nicht, sich auf die Indikatoren zu verständigen, die das Gesetz von ihnen verlangt. Das Gesetz lässt den verschiedenen Branchenakteuren sogar die Möglichkeit, ihre eigenen Indikatoren zu verwenden...

Unterredung der Bauernverbände mit Emmanuel Macron

Bei einer Unterredung am 20. Juli 2018 mit den fünf französischen Bauernverbänden kündigte Emmanuel Macron an, bestimmte Branchenakteure abstrafen zu wollen, die nicht mitspielen, zum Beispiel durch Streichung der Schwellenanhebung für den Weiterverkauf unter Selbstkosten für den Handel und gegebenenfalls durch Aberkennung der Branchenorganisationen, die keinen Konsens zwischen den verschiedenen Akteuren erzielen. Die Bauerngewerkschaft Coordination Rurale beklagt, dass der Staat die angekündigten Sanktionen letztlich nicht umsetzt, denn diese Androhungen bleiben für den nachgelagerten Teil des Sektors ohne Wirkung, der dadurch nur Zeit gewinnt.

Die französische Konsultation tritt auf der Stelle: Zeit, auf europäischer Ebene zu handeln?

Der Ausgang des auf der Konsultation basierenden Gesetzesvorhabens (EGALIM) bietet den Landwirten keinerlei Gewissheit einer besseren Entlohnung. Die Coordination Rurale fordert daher, auf europäischer statt rein französischer Ebene zu handeln und eine entsprechende Bilanz für Europa zu erstellen. So könnte zumindest auf dieser Ebene nachgewiesen werden, dass die Unterdeckung der Produktionskosten quasi überall festzustellen ist, wie auch die damit zusammenhängenden Phänomene der Überalterung und Generationenfolge. Durch die Ausnahme der Landwirtschaft aus den WTO-Abkommen und die Schaffung einer Ausnahmeregelung für den Agrarsektor könnten die Agrarpreise von den Weltkursen entkoppelt werden.

Véronique Le Floc'h, Vorsitzende des Milcherzeugerverbandes OPL, Milchzweig der Coordination Rurale (CR)

Berlin: Milchdialog mit Bundesagrарministerin Julia Klöckner

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner hat am 21. August zum Milchdialog in Berlin eingeladen, um mit den Branchenvertretern die Perspektiven des Milchsektors zu diskutieren. Die Bundesregierung will Maßnahmen und Instrumente entwickeln, um auf schwere Krisen auf dem Milchmarkt zukünftig besser vorbereitet zu sein.

Dabei sei vor allem auch die Milchwirtschaft gefordert. Das Bundesministerium werde an der Deregulierung festhalten, die Wiedereinführung einer Milchquotenregelung werde es nicht geben. Gesprächsbestimmend waren Überlegungen verschiedener Verbände zu einer „Sektor-Strategie Milch“. Etwas überrascht war unsere Bundesministerin, dass der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) bisher nicht in die Überlegungen von den Verbänden der Molkereiwirtschaft und des Deutschen Bauernverbandes eingebunden wurde. Eine Begründung dafür könnte die Äußerung des Generalsekretärs des Deutschen Bauernverbandes liefern: Der BDM würde immer sehr weitreichende Forderungen stellen, die dann andere umsetzen sollen. Von Vertretern verschiedener Molkereiunternehmen (DMK, Hochwald, Arla) wurde intensiv vor der nach Artikel 148 der GMO möglichen gesetzlichen Vorgabe von verbindlichen Preis- und Mengenvereinbarungen gewarnt: Das müsse man den Unternehmen überlassen; man bräuchte dazu einen Außenschutz; die Landwirte wollen keine Mengen festschreiben; man hätte einen weltweiten Angebotsüberhang, waren die wesentlichen der gehörten Argumente der Molkereivertreter.

Der Vertreter von FrieslandCampina stellte das FC-Mengenmanagement-Konzept vor, welches durch die schnellere Steigerung der Milchmenge im Vergleich zur Nachfrage nötig wurde. Sozusagen als Hausaufgabe gab unsere Bundesministerin den Verbandsvertretern mit, ihr schriftlich zusammengefasst den Standpunkt des jeweiligen Verbandes zur Umsetzung des Artikels 148 GMO zukommen zu lassen. Mit Spannung dürfte man im Ministerium auch die Überlegungen der Verbände zur Sektor-Strategie Milch erwarten.

EMB-Milchpreisvergleich: Kaum Veränderung auf der Milchabrechnung

Der EMB-Milchpreisvergleich informiert über aktuelle Entwicklungen bei den Erzeugerpreisen von europaweit 22 Molkereien, davon zwei Molkereien mit Biomilchverwertung. Mit der aktuellen Ausgabe hat sich auch ein Milchviehbetrieb aus Irland als Melder an dem Vergleich beteiligt.

© [wikimedia commons](#)

Nur 11 der erfassten Molkereien haben ihre Auszahlungspreise im Juli erhöht. Der niedrigste Juli Milchauszahlungspreis wurde in Österreich und der höchste in Frankreich ausgezahlt. In Frankreich verzeichnen die Milchbauern die deutlichsten Preissteigerungen: Bei den vier französischen Meldebetrieben kletterten die Auszahlungspreise im Juli auf zwischen 33,38 und 38,60 Cent pro Kilogramm. Aus Österreich, Belgien, Deutschland, Luxemburg und den Niederlanden werden aber nach wie vor von vielen Erzeugern Auszahlungspreise von zwischen rund 28 bis vielleicht 31 Cent pro Kilogramm Milch gemeldet.

Auch im dritten Quartal 2018 lagen die aus Belgien gemeldeten Bio-Milchpreise mit im Durchschnitt 38,71 bzw. 39,07 Cent bedenklich niedrig angesichts der höheren Produktionskosten. Im Jahresverlauf 2018 lagen die Preise zwischen 36,26 bis maximal 41,65 Cent.

EMB-Milchpreisvergleich bis Juli 2018

Hintergrund: Der **EMB Milchpreisvergleich** soll eine bessere Vergleichbarkeit der Auszahlungspreise innerhalb Europas garantieren. Das aktualisierte Berechnungsschema zeigt nun den Auszahlungspreis sowohl mit als auch ohne molkeriespezifische Zu- und Abschläge. Der Standardwert wurde dabei auf 4,0% Fett und 3,4% Eiweiß festgelegt. Die Monatszahlen werden laufend auch um die Nachzahlungen korrigiert. Mittlerweile beteiligen sich 22 Betriebe aus acht Ländern am EMB-Milchpreisvergleich.

Karin Jürgens, Büro für Agrarsoziologie und Landwirtschaft (BAL)

Sie finden uns auch auf Facebook

European Milk Board ASBL

Rue de la Loi 155

B-1040 Bruxelles

Tel: +32 (0)2808 1935

Fax: +32 (0)2808 8265

Mail: office@europeanmilkboard.org

Document-URL: <http://www.europeanmilkboard.org/https://www.europeanmilkboard.org/deutsch/newsletter-september-2018.html>